

Notizen

Mit Noten vom 13. Januar hat der *Heilige Stuhl* die *diplomatische Anerkennung Kroatiens und Sloweniens* ausgesprochen. Gleichzeitig wurde die jugoslawische Bundesregierung in Belgrad über diese Entscheidung informiert; der Apostolische Pro-Nuntius in Belgrad, Erzbischof *Gabriel Montalvo*, wird seine Aufgabe als Vertreter des Heiligen Stuhls in Jugoslawien fortführen. In einem Komunique vom 20. Dezember letzten Jahres hatte der Heilige Stuhl die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens angekündigt und gleichzeitig seine Jugoslawienpolitik erläutert: Die Anerkennung der beiden Republiken richte sich nicht gegen irgendeine der Konfliktparteien. In seinen zahlreichen öffentlichen Stellungnahmen zugunsten einer Befriedung Jugoslawiens habe der Papst immer seine Zuwendung zu allen Völkern der Region gezeigt. Er habe auf den Katholiken, Orthodoxen und Muslimen gemeinsamen ethischen Werten insistiert, die Grundlage für eine fruchtbare Zusammenarbeit sein sollten.

Zum neuen Bischof von Essen und damit Nachfolger des vor einem Jahr zurückgetretenen und im Sommer vergangenen Jahres gestorbenen ersten Bischofs des 1957 gebildeten „Ruhrbistums“, Kardinal *Franz Hengsbach*, ernannte Johannes Paul II. den bisherigen Kölner Weihbischof *Hubert Luthe*. Bischof Luthe, Jahrgang 1927, war dreizehn Jahre lang Kaplan und Sekretär des früheren Erzbischofs von Köln, Kardinal *Josef Frings*. Paul VI. ernannte ihn, nachdem er ein Jahr das Kölner Priesterseminar als Regens geleitet hatte, 1969 zum Weihbischof in Köln. Nach dem Rücktritt von Kardinal *Josef Höffner* war er während der relativ langen Vakanz bis zur Ernennung von Kardinal *Joachim Meisner* Diözesanadministrator.

In einer Ende November letzten Jahres verabschiedeten Stellungnahme (Wortlaut in: Orientierung, 15. 1. 92, S. 12) wendet sich der *Beirat der deutschsprachigen Pastoraltheologen* gegen die bevorstehende Seligsprechung des Gründers des Opus Dei, *Josémaría Escrivá de Balaguer* (vgl. HK, Dezember 1991, 576). Den Unterzeichnern geht es dabei nach eigenem Bekunden nicht um die „subjektive Integrität“ de Balaguers, sondern um den „Vorbildcharakter dieser Persönlichkeit“. In seinen Werken habe de Balaguer Vorstellungen von Gott, von der Kirche, von der Welt und vom Menschen vertreten, die „theologisch entscheidende Verkürzungen aufweisen und eine zeitgemäße Evangelisierung behindern“. Die Pastoraltheologen bezeichnen es als „beunruhigend und kirchenpolitisch sowie seelsorglich gefährlich“, eine „derart polarisierende und ausgrenzende Denk- und Handlungsrichtung“, wie sie im Fall des Opus Dei

vorliege, „durch die Seligsprechung ihres Initiators gutzuheißen und zu sakralisieren“.

Die gemeinsamen Erfahrungen auf der Europasynode hätten die Notwendigkeit bewiesen, den ökumenischen Dialog in der Suche nach Einheit und Gemeinschaft weiterzuführen, die Präsenz von Delegierten der verschiedenen christlichen Konfessionen sei ein wesentliches Kennzeichen der Synode gewesen. Dies betonte Johannes Paul II. in seinem Rückblick auf das vergangene Jahr in der traditionellen Weihnachtsansprache vor den Kardinälen und den Mitarbeitern der Kurie. Als Auftakt zur Synode, die er als „providentiellen kairos“ bezeichnete, wertete der Papst den Welttag der Jugend im August des vergangenen Jahres in Tschenstochau. Dieser sei Ausdruck für die neue Wirklichkeit Europas nach dem Fall der ideologischen und politischen Schranken gewesen. Der Papst dankte für die Aufmerksamkeit, die Verantwortliche in Politik und Wirtschaft und die verschiedenen Konfessionen der Enzyklika „*Centesimus annus*“ gewidmet hätten.

Mit Kritik an Plänen deutscher Bistümer zu einer sogenannten „kooperativen Seelsorge“ meldeten sich fünf deutschsprachige Pastoraltheologen (*Ottmar Fuchs*, Bamberg; *Norbert Greinacher*, Tübingen; *Leo Karrer*, Freiburg i. Ue.; *Norbert Mette*, Paderborn; *Hermann Steinkamp*, Münster) zu Wort (Wortlaut in: Frankfurter Rundschau, 7. 1. 92). Im Mittelpunkt der Stellungnahme steht die Frage, worum es sich bei diesen Plänen (vgl. ds. Heft, S. 70) eigentlich handelt, „um die praktisch fällige und auch theologisch mögliche umfassende Neubestimmung der Gestalt und der Praxis der Kirche (Reform) oder darum, den gegebenen (Priester-) Mangel pragmatisch-kurzschlüssig zu verwalten!“ Nach Ansicht der Theologen handelt es sich um letzteres. Der Schwerpunkt des kirchlichen Lebens müsse bei der „Verwirklichung der einzelnen Gemeinden liegen und nicht bei der zentralen kirchlichen Leitung und ihren Amtsstrukturen“. Zu fördern sei alles, was dem Gemeinwerden von Gemeinden diene; dazu gehöre auch, daß diese die für sie konstitutiven Aufgaben – Verkündigung, Diakonie, Gottesdienst, besonders Eucharistiefeier – selbständig erfüllen können. Die Theologen setzen sich für das Recht einer Pfarrei auf weitgehende Selbständigkeit ein, für die Möglichkeiten, alternative Formen der Gemeindeleitung zu erproben sowie die Zulassung von „*viri probati*“ zur Priesterweihe, mittel- und langfristig für die Priesterweihe auch von Frauen.

Deutlich intensiver sollen die Beziehungen zwischen den *Freien Demokraten* und den *Kirchen* in Zukunft wer-

den. *Barthold C. Witte*, der dem Gesprächskreis Liberalismus und Kirchen erst seit kurzem vorsteht, kündigte eine stärkere Aufmerksamkeit seiner Partei für Kontakte zu den Kirchen an. Das für Gräben und Spannungen verantwortliche Kirchenpapier der Liberalen von 1974 mit seiner Forderung nach strikter Trennung von Kirche und Staat kann seiner Meinung nach in der Schublade liegen bleiben. Entscheidender sei der Austausch über aktuelle Fragen und Probleme, betonte der Historiker, der bis Ende vergangenen Jahres Leiter der Abteilung Auswärtige Kulturpolitik im Außenministerium war. Den Gesprächskreis übernahm er von der früheren Generalsekretärin der FDP und jetzigen Ausländerbeauftragten *Cornelia Schmalz-Jacobsen*.

Etwa 75 000 junge Christen unterschiedlicher Konfessionen und Nationalitäten trafen sich über den Jahreswechsel auf Einladung der ökumenischen Brüdergemeinschaft von Taizé (Frankreich) in der ungarischen Hauptstadt Budapest. Dieses insgesamt 14. Europäische Treffen der Gemeinschaft von Taizé fand nach Breslau und Prag zum drittenmal in einem osteuropäischen Land statt. Unter den Teilnehmern befanden sich rund 5000 Rumänen, 1000 Esten, 2000 Russen sowie jeweils 4000 Franzosen und Deutsche. In einer Botschaft an die Teilnehmer rief der Gründer der Brüdergemeinschaft, *Roger Schutz*, die Jugendlichen auf, angesichts von Zerrissenheit und Gewalt Frieden zu stiften: „Mögen wir auch wenig dafür gerüstet sein: eine der dringenden Aufgaben der nächsten Jahre ist es, die Versöhnung dorthin zu tragen, wo in nah oder fern die Wunde des Hasses brennt; ja, alles zu unternehmen, um neuen Bruderkriegen zuvorzukommen.“

In Mexiko wird das *Verhältnis von Staat und Kirche* auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt. Ende letzten Jahres billigte das Abgeordnetenhaus, die erste Kammer des mexikanischen Parlaments, eine Reihe von neuen Regelungen für das Staat-Kirche-Verhältnis, die an die Stelle der laizistisch-antiklerikalen Regelungen der Verfassung von 1917 treten. In Zukunft werden demnach Kirchen in Mexiko als juristische Personen anerkannt. Sie dürfen offiziell auch außerhalb der Gotteshäuser Gottesdienste feiern sowie Schulen und Universitäten betreiben. Ebenso hat die Kirche nach den neuen Bestimmungen das Recht, Eigentum zu erwerben. Aufgehoben wird auch der Ausschluß der Kleriker vom Wahlrecht.

Beilagenhinweis
Dieser Ausgabe liegen das *Jahresregister 1991* und eine *Verlegerbeilage* bei.